

Ressort: Politik

Bundesländer haben 2017 mindestens 36 Gefährder abgeschoben

Berlin, 24.01.2018, 15:55 Uhr

GDN - Nach dem Terroranschlag von Anis Amri in Berlin haben die Bundesländer ihren Umgang mit islamistischen Gefährdern verschärft. Nach einer Umfrage der "taz" (Donnerstagsausgabe) schoben die Länder seit Januar 2017 insgesamt 36 Gefährder ab.

Die meisten Abschiebungen erfolgten in Nordrhein-Westfalen (8), Baden-Württemberg (6) und Berlin (5). Die jüngste Abschiebung erfolgte erst am Dienstag: Im Zuge einer Sammelabschiebung von Düsseldorf nach Kabul wurde ein 22-jähriger Afghane ausgewiesen. Der Mann lebte zuvor in Thüringen und war nach Angaben des dortigen Innenministeriums als Gefährder registriert. Eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums sagte der Zeitung am Mittwoch, dass rund 60 Gefährdern im Jahr 2017 abgeschoben wurden. Hierunter fallen auch Islamisten, die als abgelehnte Asylbewerber oder als straffällig gewordene Kriminelle abgeschoben wurden. Die Sprecherin des Bundesinnenministeriums nannte die verstärkten Abschiebungen in der "taz" einen "Erfolg". "Es gibt in diesem Bereich eine sehr koordinierte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-101102/bundeslaender-haben-2017-mindestens-36-gefaehrder-abgeschoben.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com